



Präambel

Die Partei **FREIER HORIZONT** ist weit mehr als nur eine weitere Partei des üblichen bekannten Spektrums. Sie sieht sich gefordert, dem Bürgerwillen mehr Ausdruckskraft zu verleihen und Positionen zu vertreten, die unserem Land Mecklenburg-Vorpommern eine sinngebende Dimension eröffnet. Die Partei **FREIER HORIZONT** fokussiert sich auf pragmatische Lösungen für Mecklenburg-Vorpommern, ohne sich dabei in parteiinternen Positionen zu erschöpfen - unser Name ist Programm.

Bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema „unkontrollierter Windkraftausbau“ haben wir in den letzten Monaten erfahren, dass es dringend notwendig ist, neue umfassende Lösungsvorschläge zur weiteren Entwicklung unseres Bundeslandes zu erarbeiten. Es kann und darf kein „Weiter so!“ geben.

Unser Wahlprogramm zeigt exemplarisch die wesentliche Ausrichtung der Partei. Für weiterführende Erläuterungen stehen den Wählern zusätzlich jeweils Grundsatzpapiere sowie Kurzfilme zur Verfügung, die schrittweise auf die Webseite gestellt werden. Wir wünschen uns mehr direkte Demokratie unter Mobilisierung breiter Wählerschichten und ein gemeinsames Gestalten in möglichst vielen Bereichen. Der Wähler soll uns überprüfen und korrigieren können.

Die Einmaligkeit und Attraktivität unseres Bundeslandes zu bewahren und zu fördern ist unser Auftrag und unser Selbstanspruch.

Lassen Sie sich überzeugen!

| WORUM GEHT ES UNS? | WAS HABEN WIR? | UNSERE VORSCHLÄGE |
|--|---|--|
| <p>Direkte Demokratie</p> <p>Direkte Demokratie ist gelebtes Miteinander.</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Bürgerbeteiligung in MV faktisch nicht möglich • MV hat deutschlandweit die höchste Hürde, um mit direkt demokratischen Mitteln Einfluss auf Entscheidungen der Städte, Kommunen und der Landesregierung auszuüben. Seit 1994 sind 27 Versuche, mit denen Direkte Demokratie gelebt werden sollte, gescheitert. <p>Politik wird hierzulande oft so erlebt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ignoranz • Selbstherrlichkeit und Bürgerferne | <ul style="list-style-type: none"> • Volksinitiative mit 5.000 Stimmen • Volksbegehren mit 50.000 Stimmen • Stimmabgabe auch online möglich • Bürgerbegehren ab 5% der Stimmen • Mindestwahlbeteiligung (Quorum) entfällt, die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen zählt • Reduzierung des nichtöffentlichen Teils in Gemeinde – und Stadtvertretungen auf das absolute Minimum • stimmberechtigter Beirat bei den Planungsverbänden |
| <p>Landesentwicklung</p> <p>MV: Land zum Leben!</p> <p>Das Wertvolle bewahren und Wandel mit Verantwortung gestalten!</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum • Abwanderung • Arbeitslosigkeit • Zusammenbruch sozialer Strukturen | <ul style="list-style-type: none"> • Förderung einer landeskonformen Wirtschaft • Attraktive Wohnangebote durch Erhalt und Entwicklung des Arbeitsmarktes, der Landschaften, der Natur im Binnenland und der Küstenregionen • MV als Zuzugsregion attraktiv machen |

| WORUM GEHT ES UNS? | WAS HABEN WIR? | UNSERE VORSCHLÄGE |
|---|--|--|
| <p>Infrastruktur</p> <p>Eine moderne, flächendeckende Infrastruktur in Bezug auf Daten, Ver- & Entsorgung und Verkehr ist Grundvoraussetzung für die Entwicklung unseres Landes.</p> | <p>Daten:</p> <ul style="list-style-type: none"> trotz Investitionsprogramm des Bundes kein flächendeckendes schnelles Internet in Aussicht bei zusätzlich erheblichem Investitionsstau <p>Ver- und Entsorgung:</p> <ul style="list-style-type: none"> zu hohe Kosten in der öffentlichen Ver- u. Entsorgung unverhältnismäßige Belastung von Abnehmern bei Altanschlüssen (Wasser) Stromkunden in MV zahlen infolge des mit dem Windkraftausbau einhergehenden Netzausbau mit die höchsten Stromkosten in Deutschland <p>Verkehr:</p> <ul style="list-style-type: none"> Finanziell überforderte Kommunen Abbau von Infrastruktur (z.B. Südbahn) ÖPNV in Abwicklung | <p>Daten:</p> <ul style="list-style-type: none"> Einführung einer befristeten, datenmengenbezogenen Abgabe von Nutzern bereits gut versorgter IT Strukturen als Soforthilfe zur Unterstützung des IT Ausbaues unterversorgter Regionen <p>Ver- und Entsorgung:</p> <ul style="list-style-type: none"> Stopp des Eintreibens von Anschlussgebühren für Altanschlüsse Netzausbaukosten zum Anschluss neuer Windindustrialgebiete hat der Anlagenbetreiber zu tragen, nicht der Stromkunde in der Region (Verursacherprinzip) <p>Verkehr:</p> <ul style="list-style-type: none"> Straßen in Landeshoheit übertragen Neue Mobilitätskonzepte unter Einbeziehung der Schienennetze (z.B. Transitverkehr per Schiene nach dem Vorbild Schweiz) Bildung eines funktionierenden Netzes von Ladestationen Aufbau von E-Nahverkehr-Systemen Förderung von Forschung, Entwicklung und Firmenansiedlungen zur E-Mobilität |

| WORUM GEHT ES UNS? | WAS HABEN WIR? | UNSERE VORSCHLÄGE |
|---|---|--|
| <p>Energiepolitik</p> <p>Energiewende beinhaltet weit mehr als den Umbau der Stromversorgung!</p> <p>Dennoch kennt unsere Landesregierung offenbar nur noch Windkraftausbau, der in MV die Grenzen der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Erträglichkeit bereits weit überschritten hat.</p> <p>Die Akzeptanz in der Bevölkerung schwindet stetig. Zeit innezuhalten und nachzudenken!</p> <p>Mecklenburg-Vorpommern steht am Scheideweg: Land zum Leben für Mensch und Tier oder Stromexportkolonie.</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Faktisch unkontrollierter Windkraftausbau landesweit und auf See • Gefährdung von Gesundheit und Tourismus • Aushebelung Landschafts-, Denkmal-, Natur- und Artenschutz • Ostsee und Küstenlandschaft durch den Neubau von jährlich 2 riesigen Offshore-Windparks extrem gefährdet | <p>Bundespolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • EEG gründlich überarbeiten, Ökostromsubventionen herunterfahren • Aufhebung der Privilegierung von Windkraftanlagen (§35 BauGB) • Lärmschutzbestimmungen überarbeiten, insbesondere hinsichtlich Infraschall <p>Landespolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • sofortiges Stillhalteabkommen bezüglich weiterer Windkraftplanungen in MV bis zur Abklärung offener Fragen zu wirtschaftlichen, gesundheitlichen, demographischen und ökologischen Auswirkungen durch unabhängige Studien • Beendigung aller Bestrebungen, demokratische Entscheidungsprozesse durch Alibiplanungen wie „Zielabweichungsverfahren“ oder „Testfelder“ zu unterlaufen. • gleichberechtigte Einbeziehung der Bürger und Kommunen bei der Entscheidung zu Eignungsräumen • 2000 m Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung, oder aber das Zehnfache ihrer Höhe • Erarbeitung fehlender und Berücksichtigung vorhandener Kriterien (wie z.B. Helgoländer Erklärung) zum Natur-, Landschafts- und Denkmalsschutz • Bekenntnis und größtmögliche Unterstützung des „Wendelstein 7-X“ Forschungsvorhabens in Greifswald als echte Zukunftstechnologie aus Mecklenburg-Vorpommern |

| WORUM GEHT ES UNS? | WAS HABEN WIR? | UNSERE VORSCHLÄGE |
|---|---|--|
| <p>Wirtschaftliche Entwicklung</p> <p>Wirtschaftliche Entwicklung muss verantwortungsvoll im Einklang mit Mensch und Natur erfolgen.</p> <p>Finanzpolitik</p> | <ul style="list-style-type: none"> • fehlendes Bewusstsein für landestypische Märkte und Ressourcen • mangelnde Attraktivität als Firmenstandort • unterentwickeltes IT-Netz • Mangel an wissensbasierten Arbeitsplätzen • Abwanderung von Hochqualifizierten • Fachkräftemangel in bestimmten Branchen • falsche Förderpolitik und Verschwendung von Steuergeldern <p>Finanzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • überschuldete Städte und Gemeinden trotz günstiger Finanzlage der Landeskassen • Kosten der vom Land durchgedrückten Kreisgebietsreform werden nun den Gemeinden aufgezwungen | <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Vermarktung und Veredelung regionaler Produkte: Stärkung der „Marke MV“ • Anreize für Betriebsgründungen und Ansiedlung in MV • Ausbau des IT Netzes • MV zum Land der Telearbeit entwickeln • Förderung von wissensbasierten Arbeitsplätzen <ul style="list-style-type: none"> – Entwicklerstipendien – Datenverarbeitung – Kommunikationsdienste und Transferzentren • Optimierung der Förderpolitik wie: <ul style="list-style-type: none"> – transparente Vergabekriterien und regelmäßige Erfolgskontrolle • Einwanderung als Chance <p>Finanzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Debatte zur Verteilung der Steuereinnahmen • Soforthilfe für die Entschuldung von Kreisen und Gemeinden • Folgekosten der Kreisgebietsreform trägt nach dem Verursacherprinzip das Land • Prüfung von Möglichkeiten von Investitionen (Bildung, Breitband, Zukunftstechnologien) angesichts des Zinstiefs |

| WORUM GEHT ES UNS? | WAS HABEN WIR? | UNSERE VORSCHLÄGE |
|--|--|--|
| <p>Tourismus und Gesundheitswirtschaft</p> <p>Kernkompetenz aus MV!</p> | <ul style="list-style-type: none"> • mangelhafte Standortkonzepte zum Tourismus unter Berücksichtigung von Veränderungsprozessen und dem demographischen Wandel • fehlende Maßnahmen zur Saisonverlängerung • starre Ferienzeiten • mangelhaftes IT Netz • kein ausreichendes Auslandsmarketing • Optimierungsbedarf • Flughafen Lage • tourismusschädlicher Ausbau von Windparks • regional begrenzter Tourismus | <ul style="list-style-type: none"> • Neuausrichtung der Tourismuskonzeption: <ul style="list-style-type: none"> – Radwandern, Wassersport und Kanuwandern, Reiten, Bildungs- und Kreativtourismus, Angelland • Zielgruppenkonzept junge Leute und Familien • zentrales Thema Gesundheitswirtschaft mit der Strategie „Top-Gesundes MV“ und Marketingmaßnahmen für die gesamte Euroregion, einschließlich Skandinavien • Förderprogramm zur landesweiten Erschließung und Nutzung von Thermalwasserquellen • Ausbau von Windindustrie- und Offshoreanlagen darf nicht zu Lasten des Tourismus erfolgen • Flexibilisierung der Ferienzeiten • Ausweitung des Tourismus in geeignete ländliche Räume |

| WORUM GEHT ES UNS? | WAS HABEN WIR? | UNSERE VORSCHLÄGE |
|---|--|---|
| <p>Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei</p> <p>Gesunde Strukturen, gesunde Böden, gesunde Tiere, gesunde Produkte aus einem gesunden Land!</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Trend zu Agrarindustrie mit Monokulturen und Massentierhaltung • Überkultivierung von Energiepflanzen (Vermaisung) • Übernutzung der begrenzten Ressourcen (Boden, Wälder) ohne Beachtung der Folgeschäden • Boden als Spekulationsobjekt u.a. für Windkraftplanungen • existenzgefährdende Reglementierung des Ostseefischfangs • Raubbau in Wäldern • hohe Belastung der heimischen Landwirtschaft durch Russland-Sanktionen | <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung des „<u>Greifswalder Appells</u>“ für eine zukunftsorientierte, sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft • Biogasanlagen hinsichtlich ihres tatsächlichen ökologischen Nutzens überprüfen • Erhaltung der landestypischen, nachhaltigen Fischerei • Rolle der BVVG und Einfluss des EEG überdenken (Preistreiberei bei Boden) • Bodenvergabe vorrangig an Landwirte und nicht an Agrarindustrie • Schutz der Wälder: • Förderung nachhaltiger Forstwirtschaft • Verbot von Windkraftanlagen in Wäldern • Einfordern von Entschädigung für Russlandsanktionen |
| <p>Universitäten/Forschung</p> <p>Junge Eliten im Land ausbilden und halten!</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Finanzierungssituation der Universitäten und Hochschulen unter dem Bundesdurchschnitt • Stellenabbau bei Universitäten und Hochschulen • fehlende Bleibeperspektive für Absolventen • hohe Studienabbrecherquote | <ul style="list-style-type: none"> • Anhebung der Grundfinanzierung und Etats zumindest auf Bundesdurchschnitt • Schaffung von Niederlassungs- und Entwicklungsmöglichkeiten • Etablierung von Forschungsschwerpunkten mit Potenzial zur Gründung von Jungunternehmen • Unterstützung von bundes- und europaweiten Verbundprojekten durch Engagement des Landes |

| WORUM GEHT ES UNS? | WAS HABEN WIR? | UNSERE VORSCHLÄGE |
|---|--|--|
| <p>Natur- und Umweltschutz</p> <p>Der Mensch braucht die Natur, die Natur den Menschen nicht. Der Mensch ist Teil der Natur, er ist ihr nicht übergeordnet. Erst wenn er das begreift, hat er eine Überlebenschance!</p> | <p>Umweltpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • zum Teil politisch motivierte tendenziöse und fehlende Umsetzung der Kontrolle von Umweltstandards und gesetzlichen Bestimmungen • Mangel an Fachpersonal <p>Grundwasser- und Gewässerschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • immer noch zu hoher Schadstoffeintrag in unser Grund- und Oberflächenwasser inkl. Ostsee <p>Artenschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • fortschreitende Zerstörung von Lebensräumen • Verringerung der Artenvielfalt • lückenhafte Erfassung schützenswerter Tierarten und Areale <p>Bodenschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überdüngung, Kontamination und zunehmende Versiegelung von Bodenflächen • Monokulturanbau | <p>Umweltpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Etablierung eines unabhängigen Kontrollgremiums • Verankerung von Fachkompetenz in den verantwortlichen Behörden • Unterbindung der teilweise gängigen Praxis, dass Gutachter von staatlichen Institutionen mit der Kontrolle ihrer eigenen Planung beauftragt werden <p>Grundwasser- und Gewässerschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • drastische Reduzierung Dünge- und Pestizideinsatz • Altlasten der ehemaligen LPGen müssen in Verantwortung des Landes beseitigt werden <p>Artenschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhalt von Fauna- und Florahabitaten • Erhalt von naturnahen Lebensräumen • Förderung ökologischer Landwirtschaft • umfassende Bestandsaufnahme und Erfassung schützenswerter Biotope und Berücksichtigung bei der kommunalen Flächenplanung • verschärfte Umweltverträglichkeitsprüfung für Vorhaben der Agrar- und Windindustrie • Schutz und Wiederherstellung von Alleen <p>Bodenschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • drastische Reduzierung der Belastung unserer Böden durch Düngemittel, Pestizide und Gülle • Pflicht zur Ausweitung der Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Versiegelungsfragen inklusive Windkraftanlagen • Reduzierung von Monokulturen durch Einhaltung der Fruchtfolgen, kritische Prüfung der Subventionspolitik |

| WORUM GEHT ES UNS? | WAS HABEN WIR? | UNSERE VORSCHLÄGE |
|---|---|--|
| <p>Sicherheit und Gerichtsbarkeit</p> <p>Wir wollen uns sicher fühlen in unserem Land!</p> | <ul style="list-style-type: none"> • keine ausreichende Sicherheit für die Bevölkerung • defizitäre Polizei- und Gerichtsstruktur • Beschäftigte der Polizei und Gerichte überlastet • keine ausreichende Würdigung der Ehrenämter, z.B. Freiwillige Feuerwehr | <ul style="list-style-type: none"> • entsprechende Korrektur der Polizei- und Gerichtsreform • Aufstockung des Personalbestandes in Bezug auf die Landesfläche • Anreizprogramme für das Ehrenamt |
| <p>Gesundheit und Gesundheitsvorsorge</p> <p>Die Gesundheit ist ein sehr hohes Gut und keine Ware!</p> | <ul style="list-style-type: none"> • regionale medizinische „Notstandsgebiete“ • Aussterben der Landarztpraxen, Überalterung der Landärzte • Kommerzialisierung der Kliniken • hohe gesundheitliche Belastungen u. a. durch Lärm im Umfeld von Windkraftanlagen | <ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung von Arzt- und Gesundheitszentren auf dem Land • Aufbau von Gemeindeschwestern-Stationen • verbesserte Attraktivität der Niederlassung von Hausärzten auf dem Lande • Stipendien für Landarztanwärter • Erhalt eines flächenversorgenden Krankenhausnetzes mit allen zur Akutversorgung notwendigen Abteilungen • Ausbau und Entwicklung der Telemedizin (Telekonsultation/-Diagnostik/-Monitoring) • regelmäßige, landeshoheitliche Überprüfung, z.B. der „TA Lärm“ hinsichtlich tatsächlicher Belastungen durch Windkraftanlagen |

| WORUM GEHT ES UNS? | WAS HABEN WIR? | UNSERE VORSCHLÄGE |
|---|--|---|
| <p>Kultur</p> <p>Zum Erhalt der Kulturszene brauchen wir klare Regeln und finanzielle Unterstützung aus Landesmitteln!</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Kulturkahlschlag • intransparente Kulturförderung • keine ausreichende Finanzierung sozialer, kultureller und künstlerischer Einrichtungen | <ul style="list-style-type: none"> • kulturelle Selbstorganisation und Übergabe der jährlichen Kulturbudgets in die kommunale Entscheidungsverantwortung • Kreiskulturräte sind durch demokratisch legitimierte Strukturen zu ersetzen • Ersatz des Landeskulturrates durch unabhängige, parteiferne demokratisch legitimierte Strukturen • Abschaffung teurer Landeskulturportale, die den Vorgaben der Landesregierung unterliegen • Erhalt der Theaterszene in ihrer Vielfalt |
| <p>Denkmalschutz</p> | <ul style="list-style-type: none"> • unzureichende Denkmalpflege • Gefährdung historischer Ansichten z.B. durch Windkraftanlagen | <ul style="list-style-type: none"> • Eine dem Denkmalbestand angemessene finanzielle und personelle Ausstattung • Berücksichtigung der Sichtachsen im Umfeld historischer Ensembles |

| WORUM GEHT ES UNS? | WAS HABEN WIR? | UNSERE VORSCHLÄGE |
|---|---|---|
| <p>Bildung und Familie</p> <p>Kinder sind unsere Zukunft! Bildung ist der Schlüssel für die Entwicklung jedes Einzelnen und unseres Landes!</p> | <p>Familienpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> starke Belastungen der Bürger durch zu hohe Betreuungskosten in allen sozialen Bereichen Benachteiligung von Alleinerziehenden regionaler Mangel an bezahlbarem Wohnraum <p>Kindergarten:</p> <ul style="list-style-type: none"> zu hohe Betreuungskosten in Kita, Hort, Kultur und Sport zu hoher Betreuungsschlüssel keine flexiblen Öffnungszeiten <p>Schulbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> keine einheitlichen Lehrmittel, oft veraltet oder nicht verfügbar Lehrermangel, Überalterung und teilweise Demotivation teilweise marode Immobilien zu lange Fahrzeiten für Schüler Zentralisierung der Schulen keine einheitliche Bezuschussung der Schultransporte <p>Berufliche Qualifikation:</p> <ul style="list-style-type: none"> hohe Quote von Ausbildungsabbrechern unbesetzte Ausbildungsplätze unzureichende Arbeitsplatzperspektive Leistung lohnt sich nicht | <p>Familienpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> Senkung der Kinderbetreuungskosten für Eltern und Alleinerziehende Unterhaltsvorschuss für Kinder von Alleinerziehenden durch das Land bis zum Ende der Unterhaltszahlungspflicht Förderung des sozialen Wohnungsbaus <p>Kindergarten:</p> <ul style="list-style-type: none"> Verbindl. Vorschuljahr zur Vorbereitung auf die Schule Kosten für Eltern begrenzen und reduzieren Mehr Betreuungspersonal pro Kind Anpassung Öffnungszeiten an flexiblen Arbeitsmarkt <p>Schulbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ausreichendes Angebot benötigter Lehrmittel Anreize für Lehrer und Lehramtsanwärter schaffen Modernisierung der Bildungsimmobilien Grundschulen an mehr Standorten mit jahrgangsübergreifendem Unterricht Einführung von Teleunterricht Internatssystem ab Oberstufe einheitliche Bezuschussung aller Schultransporte <p>Berufliche Qualifikation:</p> <ul style="list-style-type: none"> Verbesserung der Berufsberatung ausbildungsbegleitende Betreuung (Tutorenprogramm zur Ausbildungsmotivation) überregionale Arbeitsplatzvermittlung Agenda „Familie und Bildung MV“ mit Analyse und Maßnahmenkatalog, der die Erkenntnisse zur Beseitigung der bestehenden gesellschaftlichen, bildungspolitischen und weiterer vielschichtiger Ursachen umsetzt. |

| WORUM GEHT ES UNS? | WAS HABEN WIR? | UNSERE VORSCHLÄGE |
|---|---|--|
| <p>Flüchtlingspolitik</p> <p>Humanität steht für uns im Vordergrund. Die berechtigten Ängste der Bürger nehmen wir ernst und zeigen Wege, Hilfe für Flüchtlinge sowie eine erfolgreiche Einwanderungspolitik zu realisieren.</p> | <p>International:</p> <ul style="list-style-type: none"> • keine Einigkeit in der Asylpolitik • fehlender Grenzschutz • einseitige Handelsabkommen <p>National:</p> <ul style="list-style-type: none"> • kein Einwanderungsgesetz • unzureichendes Asylgesetz • unkoordinierte Maßnahmen zur Eingliederung <p>Landesebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aussitzmentalität der Politik • Hoffen auf schnelle Abwanderung der Flüchtlinge aus Mecklenburg-Vorpommern | <p>International:</p> <ul style="list-style-type: none"> • abgestimmte internationale Politik • Hilfe für Transit- und Herkunftsländer • europäische Solidarität • fairer weltweiter Handel <p>National:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einwanderungsgesetz und Reform des Asylgesetzes • einheitlicher Maßnahmenplan • Bekenntnis zum Grundgesetz <p>Landesebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung von Landesmitteln für Integrationsprojekte • landesweite Ausbildungs- und Kompetenzzentren zur gleichberechtigten Organisation von Integration und Neuordnung des Arbeitsmarktes schaffen • Integration und Bildung sind Pflicht • gleiche gesetzliche Konsequenzen bei Straftaten für alle Bürger in Deutschland |